

die meiner Ansicht nach berechtigten Bedenken der Gegner ein: durch einen solchen Informationsvorsprung vor dem „einfachen Fußvolk“ kann sich bei den Personen, die mehrere politische Ämter bekleiden, eine nicht zu unterschätzende Macht zusammenballen.

Wer von einer demokratischen Grundeinstellung ausgeht, muß meiner Meinung nach jedoch jede Machtkonzentration ablehnen. Bedenklich erscheint mir außerdem, daß bei einer solchen politischen Ämterhäufung oft ein Amt dazu benutzt wird, um sich in einem anderen abzusichern und „Hausmacht“ aufzubauen.

Hinzu kommt, daß eine Häufung von politisch wichtigen Ämtern meistens die Leistungsfähigkeit eines einzelnen übersteigt, so daß kaum eine Einzelperson in der Lage ist, mehrere wichtige Ämter voll auszufüllen. Durch eine Streuung der Ämter wird daher nicht nur eine größere Transparenz und damit mehr Demokratie erreicht, sondern auch eine größere Effektivität in der Ausübung der Mandate.

FDP: Gegen Ämterhäufung

Die Frage der Ämterhäufung ist sicherlich ein Problem. Inwieweit sie allerdings eine Gefahr für die parlamentarische Demokratie ist, hängt von ihren Ausmaßen ab. Man kann nicht umhin, zuzugeben, daß sie im Ansatz eine (negative) Folgeerscheinung unserer parteien-staatlichen Demokratie ist.

Nach Art. 21 GG wirken die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mit. In der Praxis bedeutet dies, daß die Parteien die politischen Mandatsträger in den verschiedenen Volksvertretungen stellen. Zwangsläufig greifen sie dabei auf jene Kräfte aus ihren Reihen zurück, die auf den verschiedenen innerparteilichen Ebenen Führungsfunktionen inne haben und damit ihre Qualifikation als Politiker bereits unter Beweis gestellt haben. Dies ist ein durchaus legales Verfahren.

Die sich daraus ergebenden negativen Aspekte entziehen sich jedoch einer gesetzlichen Regelung. Es kann keinem politischen Mandatsträger verwehrt werden, gleichzeitig Vorsitzender einer Gliederung seiner Partei zu sein. Sie ist zum Teil wegen der Einheitlichkeit und der Kontinuität der Politik notwendig. Wie weit eine derartige Ämterhäufung gehen kann und darf, ist eine Frage des politischen Stils und der politischen Glaubwürdigkeit der betroffenen Personen und Parteien. Jeder Mandatsträger sollte nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden, in welchem Umfang eine Ämterkumulation für sich und seine Partei zumutbar ist. Die Devise kann dabei nur lauten: Wer Vielen dient, dient letztlich Keinem!

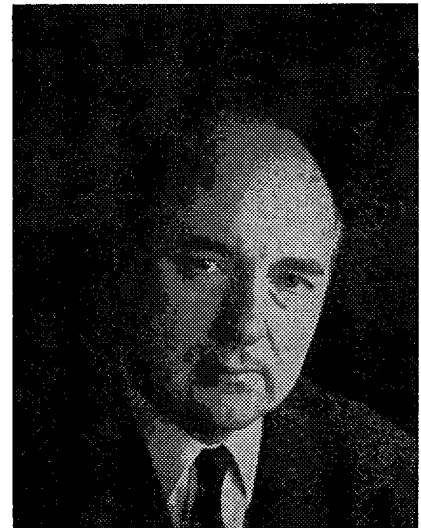
Porträt

Er begann als der unbekannte Neffe (des CDU-Politikers Ernst Lemmer), brachte es zum Minister und schließlich zum „Kronprinzen“ (des Ministerpräsidenten Franz Meyers). Lange Zeit schien sein politischer Aufstieg vorgezeichnet und nicht aufzuhalten: nach dem „fixen Franz“ der nicht minder fixe Gerd Lemmer. 1958 mit 33 als Abgeordneter seiner Heimatstadt Remscheid zum erstenmal in den Landtag gewählt, profilierte sich Lemmer als energischer, vornehmlich wirtschaftspolitischer Debatter; als Minister für Bundesangelegenheiten (1962–1966) spann er geschickt die Fäden zwischen Düsseldorf und Bonn. „Berechtigt zu den schönsten Hoffnungen“, hätte Meyers ihm sicher unbesehen ins Zeugnis geschrieben.

Die politischen Zeitläufte wollten es anders; später auch die CDU, bei deren Gerangel um die Führungsposition im Lande Lemmer bereits in Bonn „abseits“ stand; und schließlich auch Gerd Lemmer selbst. Mit dem kühlen Verstand des Juristen (Studium in Göttingen, Große Staatsprüfung 1954 in Düsseldorf) erkannte er schon früh, „daß ich ja nicht von Beruf Landtagsabgeordneter bin“, dies also kein Full-time-Job sei. Lemmer heute wie damals: „Mein Beruf aber geht vor“ – eine Auffassung, die ihm mancherlei Ärger mit Parteifreunden eintrug, jedenfalls solange sein Beruf, eng mit der Bonner Politik verknüpft, ihn häufig von Düsseldorf fernhielt.

Lemmer hatte beruflich als Referent beim NRW-Landkreistag und beim Landschaftsverband Rheinland begonnen und war dann zur Bonner Berlin-Vertretung gegangen. Als Beamter unter Willy Brandt verhandelte er in den schwierigen Jahren nach dem Berlin-Ultimatum der Sowjets für Berlin auf der Genfer Außenministerkonferenz, den Nato-Konferenzen und bei der UNO.

Nach vier Jahren Minister-Tätigkeit warf der Sturz der Regierung Meyers Ende 1966 für Lemmer wieder die Berufsfrage auf. Nach einer Zwischenstation in der Krupp-Konzernleitung wurde er Staatssekretär in Bonn: im Vertriebenen-, dann im Postministerium. Seit dem Ende



Gerd Lemmer (CDU)
Vorsitzender des Ausschusses
für Landesplanung

der Großen Koalition arbeitet Lemmer, agil wie eh und je, an seinem beruflichen Meisterstück: Als kaufmännisches Vorstandsmitglied einer 4000-Mann-Maschinenfabrik versucht er, die exportabhängige Firma aus den „roten Zahlen“ zu schaffen. „In Neuss, vor der Haustür des Landtags, muß ich das mit meinem Mandat verbinden können“, meint er selbstsicher.

In rationeller Einteilung von Arbeitskraft und Zeit konzentriert er sich im Landtag auf den Vorsitz im Landesplanungsausschuß – ein sprödes, auf den ersten Blick politisch wenig attraktives Gebiet. „Aber eine Aufgabe, die nach vorn gerichtet ist, bei der über Strukturen von morgen entschieden wird, und die – auf die Gefahr von Kompetenzstreitigkeiten mit anderen Ausschüssen hin – immer größer und wichtiger wird“, so Lemmer. Er meint, daß man gerade bei der Landesplanung den Mut aufbringen müsse, aus dem 19. Jahrhundert stammende Strukturen zu ändern. Hier bricht der „alte“ Lemmer durch, der am kommenden Montag (13.9.) 46 wird und bereit ist, „jede Aufgabe zu machen, die ich übernehme“, auch in der Politik.

Wenngleich Lemmer (nach wie vor auch stellvertretender Vorsitzender der CDU-Rheinland) heute politisch kürzer tritt, ist sein Engagement für die Politik ungebrochen: „Wer einmal drin war, will immer wieder zurück.“ Helmut Müller-Reinig